

Abstimmungen Bezirke	Selbstbestimmungsinitiative		Gesetz Überwachung von Versicherten		Hornkuh-Initiative	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Saane	5 671	22 029	14 580	12 948	9 786	16 773
Sense	4 989	9 215	10 262	3 926	4 347	9 693
Greizer	3 546	9 679	7 719	5 511	4 048	8 955
See	3 510	7 365	7 511	3 363	4 118	6 558
Glâne	1 991	4 653	3 738	2 936	1 710	4 959
Broye	2 492	5 941	4 926	3 549	2 710	5 585
Vivisbach	1 353	3 383	2 716	2 037	1 518	3 156
Ausland-CH	512	1 358	1 071	782	782	1 057
<b>Total</b>	<b>24 064</b>	<b>63 623</b>	<b>52 523</b>	<b>35 052</b>	<b>29 019</b>	<b>56 736</b>
Kanton in %	27,44	72,56	59,97	40,03	33,84	66,16

Abstimmungen Grossfreiburg	Selbstbestimmungsinitiative		Gesetz Überwachung von Versicherten		Hornkuh-Initiative	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Avry	102	437	289	253	150	385
Belfaux	183	622	453	349	250	528
Corminboeuf	174	725	508	397	285	562
Freiburg	1 728	7 835	4 505	4 970	4 178	4 890
Givisiez	159	481	384	256	220	408
Granges-Paccot	150	520	382	290	233	403
Marly	500	1 714	1 256	941	828	1 288
Matran	82	356	260	182	128	288
Villars-sur-Glâne	490	2 503	1 568	1 400	1 166	1 660
<b>Total</b>	<b>3 568</b>	<b>15 193</b>	<b>9 605</b>	<b>9 038</b>	<b>7 438</b>	<b>10 412</b>

Abstimmungen Sensebezirk	Selbstbestimmungsinitiative		Gesetz Überwachung von Versicherten		Hornkuh-Initiative	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Alterswil	262	487	559	189	200	554
Bösingen	365	836	856	348	371	815
Brünisried	91	133	177	48	72	154
Düdingen	796	1 809	1 904	704	811	1 749
Giffers	160	290	299	153	139	302
Heitenried	306	188	366	126	126	360
Plaffeien	471	627	779	307	392	701
Plasselb	150	155	215	91	133	174
Rechthalten	148	227	292	86	116	260
Schmittlen	391	944	950	370	387	912
St. Antoni	264	478	552	198	183	556
St. Silvester	145	130	202	71	102	171
St. Ursen	164	304	338	129	105	357
Tafers	303	767	776	289	294	753
Tentlingen	152	282	308	129	146	283
Überstorf	330	534	652	214	251	613
Wünnewil-Flamatt	491	1 024	1 037	474	519	979
<b>Total</b>	<b>4 989</b>	<b>9 215</b>	<b>10 262</b>	<b>3 926</b>	<b>4 347</b>	<b>9 693</b>
Jaun	132	127	174	87	106	156

Abstimmungen Seebezirk	Selbstbestimmungsinitiative		Gesetz Überwachung von Versicherten		Hornkuh-Initiative	
	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein
Coursevaux	111	246	258	100	153	206
Courtepin	366	770	712	422	354	757
Cressier	87	213	175	120	123	174
Fräschels	73	132	143	60	72	126
Galmiz	94	125	165	54	82	134
Gempnach	67	48	87	29	49	64
Greng	31	48	62	16	28	51
Gurmels	478	902	987	395	490	868
Kerzers	435	960	1 005	391	537	828
Kleinbödingen	83	144	151	79	97	133
Merlach	80	183	188	77	106	149
Misery-Courtion	137	278	233	189	116	297
Mont-Vully	330	847	776	398	521	626
Muntelier	97	318	288	126	179	225
Murten	815	1 823	1 847	786	1 042	1 538
Ried	157	236	304	88	111	279
Ulmiz	69	92	130	33	58	103
<b>Total</b>	<b>3 510</b>	<b>7 365</b>	<b>7 511</b>	<b>3 363</b>	<b>4 118</b>	<b>6 558</b>



Keine Angst vor den Richtern in Strassburg: Die Freiburger Stimmbürger lehnten die Selbstbestimmungsinitiative wuchtig ab. Bild Keystone/afp

# SVP fand in Freiburg kein Gehör

Die Ablehnung der Selbstbestimmungsinitiative fiel im Kanton Freiburg noch stärker aus als in der restlichen Schweiz. Sie fand einzig in vier Deutschfreiburger Gemeinden eine Mehrheit.

Urs Haenni

**FREIBURG** Heitenried mit 61,9 Prozent, Gempnach mit 58,3, St. Silvester mit 52,7 und Jaun mit 51 Prozent sind die einzigen Freiburger Gemeinden, in denen eine Mehrheit die Selbstbestimmungsinitiative befürwortete. Ansonsten erhielt die von der SVP lancierte

Diese Niederlage sei zwar abzusehen gewesen, da die SVP alleine gegen eine vereinte Gegnerschaft für die Vorlage kämpfte. Page zeigte sich aber auch selbstkritisch. «Möglicherweise war unsere Kommunikation ungenügend. Wir hätten vielleicht früher mit Umwelt- und Tierschutzkreisen Kontakt aufnehmen sollen, die ebenfalls ein Interesse daran haben, dass die schweizerische Gesetzgebung Vorrang vor der europäischen hat. Aber bei ihnen fehlte vielleicht der Mut, mit der SVP zusammenzuspannen, weil sie von Spenden abhängen.»

Schneider Schüttel erklärt sich den Abstimmungserfolg dadurch, dass die Gegnerschaft der Vorlage viel Überzeugungsarbeit geleistet habe. «Es war nicht von Anfang an klar, was

wirtschaftliche Aspekte. Zahlreiche internationale Handelsverträge standen auf dem Spiel.» Für Schneider Schüttel ist das Volksnein auch ein Zeichen für die Zukunft: Die Bevölkerung wird wohl bei SVP-Initiativen je länger, je kritischer hinschauen.»

**«Vielleicht wird das Volk früher oder später merken, dass wir eben doch recht hatten.»**

Pierre-André Page  
SVP-Nationalrat

FDP-Nationalrat Jacques Bourgeois freute sich vor allem, dass Freiburg die Initiative mit fast drei Vierteln verwarf. «Das Volk hat sich nicht täuschen lassen. Es realisierte, dass es weiterhin souverän bleiben wird.» Bourgeois ist vor allem erleichtert, dass zahlreiche Freihandelsabkommen weiterhin Gültigkeit haben werden. «Ein Ja wäre in Europa sehr negativ aufgefasst worden. So aber wird das Verhältnis sicher nicht darunter leiden, vor allem im Hinblick auf laufende Verhandlungen.»

alles dahintersteckt», sagte sie. «Beispielsweise, dass es um die Grundrechte jedes Einzelnen geht.»

Die Murtnerin zeigte sich überrascht über das klare Nein. Eine Ablehnung habe sie zwar erwartet, aber nicht so klar, dass sie sich in Sicherheit wähnen konnte. Für sie hatte der Abstimmungskampf zwei Komponenten: «Es ging um die Verteidigung der eigenen Werte. Und es entschieden auch

Gerhard Andrey, Vizepräsident der Freiburger und der Schweizer Grünen, meinte: «Die Stimmbürger waren sich bewusst, dass die supranationale Rechtsstaatlichkeit Teil der schweizerischen Leistungsfähigkeit ist.»

**«Das Volk hat realisiert, dass es weiterhin souverän bleiben wird.»**

Jacques Bourgeois  
FDP-Nationalrat

Initiative im Kanton Freiburg eine klare Abfuhr. Insgesamt 72,6 Prozent der Freiburger Stimmbürger lehnten die Vorlage an der Urne ab. Gesamtschweizerisch betrug das Nein 66,2 Prozent.

«Es ist eine Niederlage», bekannte der Freiburger SVP-Nationalrat Pierre-André Page.

Allgemein hat sich für Page die Kampagne mit einem weniger reisserischen Auftritt als sonst nicht ausbezahlt. «Eine komplizierte Vorlage versuchten wir mit juristischen Argumenten zu unterlegen. Vielleicht merkt man erst später, wenn sich weitere EU-Richtlinien durchsetzen, dass wir eben doch recht hatten.»

Mit dieser Sichtweise steht Page im Lager der Freiburger Bundesparlamentarier alleine da. SP-Nationalrätin Ursula

# Mehr Vorbehalte gegen Detektive

Das Freiburger Stimmvolk hat das Gesetz über die Sozialdetektive weniger deutlich angenommen als die restliche Schweiz. Die Stadt Freiburg sagte mehrheitlich Nein, Deutschfreiburg aber klar Ja.

**FREIBURG** Mit einem Anteil von 60 Prozent hat der Kanton Freiburg Ja zur gesetzlichen Grundlage für eine Überwachung von Versicherten gesagt. Das Ja ist aber weniger deutlich als auf nationaler Ebene. Mit 72,3 respektive 69,1 Prozent stimmten die mehrheitlich deutschsprachigen Bezirke Sense und See am klarsten für die Vorlage. Am knappsten war es mit 53 Prozent im Saanebezirk. Die Stadt Freiburg lehnte mit 52,45 Prozent Nein Sozialdetektive gar mehrheitlich ab.

CVP-Grossrat Bruno Borschung, der selber in der Versicherungsbranche arbeitet, erkennt in der Abstimmung ein Stadt-Land-Gefälle, und er glaubt auch, dass die Jun-

gen eher skeptisch gegenüber Überwachungsmaßnahmen sind. Den vergleichsweise geringen Freiburger Ja-Anteil erklärt er sich auch mit der jungen Bevölkerung im Kanton.

«Das Ja schafft Klarheit. So kann die bewährte Praxis weitergeführt werden», so Borschung. Wie er sagt, sei es eine Überraschung gewesen, dass es überhaupt zu einem Referendum gekommen ist. Es sei ein Gesetz, das die gesamte Bevölkerung betreffe. «Ich bin sicher, dass die Sozialversicherungen das Gesetz nun mit Augenmass anwenden werden. Eine Observation ist immer das letzte Mittel, das die Sozialversicherungen ja immer auch etwas kostet.»

Für Isabelle Portmann, Vizepräsidentin der kantonalen FDP, stellte das Referendum eine gute Grundlage dar, um die bisherige Praxis zu hinterfragen und Anpassungen vorzunehmen. Mit dem jetzigen Ja zu Sozialdetektiven profitieren gemäss Portmann auch die Empfänger von Versicherungsleistungen. «Dank den Observationen wird gegenüber der Bevölkerung bestätigt, dass die Betroffenen ihre Leistungen zu Recht erhalten.»

Die Vorlage wurde vor allem vom linken Lager bekämpft. Der kantonale SP-Präsident und Grossrat Benoît Piller sieht sich deshalb nach dem Ja im Lager der Verlierer. «Die Lobby der Versicherer ist in Bun-

desbern sehr stark, und die Bevölkerung hat nicht realisiert, dass die Überwachung mit den technischen Mitteln immer weiter geht.» Die SP sei gegen Missbräuche, aber gegen alle Art von Missbräuchen, so Piller. Er meinte dabei auch Steuerermisbrauch: «Wenn das Volk vermehrt Missbrauch bekämpfen will, dann braucht es auch mehr Steuerkontrolleure, wie das unsere Partei schon länger fordert.»

Sophie Tritten, Co-Präsidentin der Mitte links - CSP, befürchtet, dass es seitens der Detektive Missbrauch geben wird: «Es würde mich nicht überraschen, wenn in ein paar Jahren gefordert wird, wieder einen Schritt zurück zu machen.» uh

# Klares Freiburger Nein zur Hornkuh-Initiative

**FREIBURG** Während national die Befürworter der Hornkuh-Initiative einen Achtungserfolg feierten und zumindest in die Nähe eines Ja kamen, lehnten zwei Drittel der Freiburger das Anliegen ab. Die Vorlage wurde durchgehend abgelehnt. In sechs Bezirken lag der Nein-Anteil zwischen 60 und 70 Prozent, im Glânebezirk gar bei 74,36 Prozent. Gemäss Nationalrat und Landwirt Pierre-André Page (SVP) sei es gelungen, die Vorlage gut zu erklären. «Das Anliegen hat keinen Platz in der

Verfassung. Das Volk stimmt über 200 Franken pro Kuh ab, aber beim Kauf von Kampffjets soll es nicht mitreden dürfen.» Nationalrat und Bauerndirektor Jacques Bourgeois (FDP) ist der Meinung, dass bei der Abstimmung etwas Nostalgie mitspielte. Solche Themen gehörten aber in die Agrarpolitik, nicht in die Verfassung.

Der Freiburger Vizepräsident der Grünen, Gerhard Andrey, meinte, der hohe Ja-Stimmen-Anteil zeige, dass das Tierwohl in der Bevölkerung ein Anliegen sei. uh